

Lübener Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübener Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 8.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtspaltige Beilagen oder deren Raum 250 Pfg., Veramlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 200 Pfg., Reklamen 1000 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 302. Dienstag, den 27. Dezember 1921. 23. Jahrgang.

Cannes am 6. Januar.

Paris, 24. Dezember.
Der „Petit Parisien“ meldet aus London: Die Tagung des Obersten Rates in Cannes beginnt endgültig am 6. Januar. Den Beratungen gehe jedenfalls eine Privatverhandlung Lloyd Georges und Briands voraus. Für die Konferenz sind 6 Tage vorgezogen. Dann finde die Konferenz der alliierten Außenminister statt, die sich mit der Frage des nahen Ostens beschäftigen werde. Für diese Beratungen sind 10 bis 12 Tage in Aussicht genommen.

London, 24. Dezember.
„Daily Telegraph“ meldet, daß die russische Sowjetregierung auf der Konferenz in Cannes nicht vertreten sein werde. Es sei jedoch wahrscheinlich, daß Deutschland, wenn auch nicht in unmittelbarer Weise durch Hauptvertreter der deutschen Regierung, so doch mittelbar durch technische Delegierte vertreten sein werde, die sich zu Informationszwecken zur Verfügung des Obersten Rates halten würden, ebenso wie Rathenau während seiner letzten englisch-französischen Beratungen sich zur Verfügung des britischen Schatzamtes hielt.

Paris, 24. Dezember.
Der „Matin“ sagt in seinem Rückblick auf die Londoner Verhandlungen, am Januarende müsse man einen Plan für den Wiederaufbau Europas haben, der von ganz Europa genehmigt werde. Dem Plan werde ein genaues französisch-englisches Programm zugrunde liegen, das 3 Punkte umfasse:

1. die Wiederaufbauung Rußlands durch Wiederherstellung seiner Eisenbahnlücken und des Eisenbahnmaterials. Dies sei eine handels- und finanzangelegenheit großen Umfangs, die politische Klugheit erfordere, wenn man nicht von der Sowjetregierung getäuscht oder durch die deutsche Mitarbeit überflutet werden wolle;
 2. die Lösung der Frage der Wertsicherung;
 3. besondere Maßnahmen bezüglich Deutschlands für eine strenge Beachtung der Zollmaßnahmen, der Ausfuhr von Kapital, des Budgets der Reichsbank und der Dankepots.
- Die Kontrolle müsse mittelbar ausgeübt werden auf das deutsche Vermögen im Ausland. Das sei der Plan des europäischen Wiederaufbaues, der sich unmittelbar mit dem Reparationsproblem verbinde, weil die Wiederherstellung Deutschlands die Vorbedingung für die berechnete Erfüllung dessen sei, was seine Gläubiger von ihm erwarteten. Es müsse durch Anstrengungen der europäischen Gemeinschaft auf dem Finanzmarkt ein Teil der deutschen Schuld mobilisiert werden, damit durch Anleihen den dringendsten Bedürfnissen der Nationen Genüge geleistet werde, die Frankreich für seine Kriegskosten ungeheure Voranschüsse leisten mußten.

Zuversicht!

Aus Berlin geht uns folgender Drahtbericht des Soz. Parl. Dienstes über die Lage zu:
„Nicht in Freude, jedoch zuversichtlich kann das deutsche Volk diese Weihnacht begehen. Ernst ist die innerpolitische Lage, zugespielt die außenpolitische Situation. Aber über diesen Ernst liegt die Gewißheit, daß uns diese Weihnacht jene Aussicht auf Stetigkeit in der Politik eröffnet, die wir durch den Krieg verloren haben, die aber Europa zum Wiederaufbau unbedingt braucht. In dieser Hoffnung begeht die Reichsregierung das Fest des Friedens.“

Dr. Rathenau ist heute abend aus London zurückgekehrt. Nach ist die Botschaft, die er dem Volke bringt, in ihren Umrissen unbekannt, aber soviel ist gewiß, daß Rathenau der deutschen Regierung für künftige Beschlüsse Grundlagen übermittelt, die für die Zukunft einen gewissen Optimismus rechtfertigen. Die Rückkehr Rathenaus hat den Reichskanzler veranlaßt, die Weihnachtserferien aufzuheben und die in der Reparationsfrage zuständigen Minister sämtlich in Berlin zu verbleiben, um vorbereitende Verhandlungen für die am Dienstag zu schaffenden Beschlüsse der Reichsregierung zu pflegen. Der deutschen Regierung wird die schwere Aufgabe durch die Gewißheit erleichtert, daß die maßgebenden Auslandspolitiker ihre Auffassung bezüglich der Reparationsfragen in den letzten Wochen sehr geändert haben. Die Weihnachtsauslassungen der französischen Presse, die sich besonders einer Stundung der deutschen Verpflichtungen bisher widersetzten, bestätigen diese Auffassung.

Rathenau ist gegen 19 Uhr in Berlin eingetroffen und hat noch am späten Abend dem Reichspräsidenten einen kurzen Bericht erstattet.“

Frankreich und England.

London, 27. Dezember.
Der „Observer“ behandelt in seiner Weihnachtsausgabe die Konferenz in London und betont, daß die Botschaft zu keiner Einigung geführt habe. Das Blatt sagt, daß Briand selbst wohl nicht abgeneigt sei, Deutschland Konzessionen zu machen, daß er aber nicht könne mit Rücksicht auf seine Kammermehrheit.

England müsse aber auf der Befolgung seiner Politik bestehen, da Leben und Tod des englischen Wirtschaftslebens davon abhängen.

Paris, 27. Dezember.
Briand hat gestern nachmittag vor der Kammerkommission des Auswärtigen Erklärungen über die Washingtoner Konferenz und über seine Londoner Besprechungen mit Lloyd George abgegeben. Er teilte mit, was die Londoner Besprechungen für einen Sinn gehabt haben und setzte in allgemeinen großen Zügen die Vorschläge auseinander, wie sie der Konferenz von Cannes vorgelegt werden sollten.

Die deutschen Zahlungen im Jahre 1922.

Paris, 27. Dezember.
Briand hat den Vorsitzenden der Reparationskommission, Duhois, empfangen, um mit ihm über die deutsche Januarzahlung zu sprechen. Nach Duhois empfing er den belgischen Botschafter. In politischen Kreisen wird gesagt, daß Frankreich und Belgien unter allen Umständen die Summe erhalten werden, die die Länder im Jahre 1922 erwarten, auch wenn in Cannes beschlossen werden sollte, daß Deutschland für das Jahr 1922 Erleichterungen erhält. Diese Mitteilung macht der „Intransigent“, der auch noch meldet, daß Lloyd George die von Frankreich verlangte Kontrolle über die deutschen Finanzen in eine gemilderte Überwachung umgewandelt sehen wolle. Lloyd George habe wiederholt erklärt, die Finanzleute der City wollen lieber auf jede Entschädigung verzichten, als noch länger auf die Wiederaufnahme der vernünftigen Geschäftsbeziehungen warten.
Im „Matin“ beklagt George Haac, der früher der militärischen Kontrollkommission in Deutschland angehört hat, daß die Kontrolle allmählich immer schwieriger werde.

Um die 26%ige Exportabgabe.

Paris, 27. Dezember.
Die „Information“ teilt aus Berlin mit, daß ein Abkommen zwischen der Reichsregierung und der Garantiationskommission abgeschlossen worden sei, nach dem der Ertrag der 26%igen Ausfuhrsteuer zur Verfügung der Reichsregierung bleibe, aber unter der Bedingung, daß die eingegangenen Summen stets zur Verfügung gehalten werden, falls die Reparationskommission sie verlange. Dieses Abkommen und seine Verpflichtungen sollen gesetzmäßig festgelegt werden.
Auch man einer amerikanischen Anleihe sei wieder die Rede, die von der National Citybank und dem Bankhaus Morgan durch die Vermittlung von Anthony Rothchild finanziert werden soll. Diese Mittelungen der „Information“ beziehen sich auf die beiden von uns gemeldeten Gesekentwürfe, die die Reichsregierung dem Reichstag zugehen ließ.

Feiertagsberatungen über die Antwort der Reparationsnote.

Berlin, 27. Dezember.
In der Frage der Beantwortung der von der deutschen Regierung vor einiger Zeit zugegangenen Note der Reparationskommission fanden auch während der heiligen Weihnachtsfeiertage eingehende Beratungen statt. Am 26. Dezember versammelten sich die beteiligten Ressortvertreter vormittags 11 Uhr. In dieser Besprechung, an der auch der Reichskanzlerpräsident Haverstein teilnahm, erstattete Dr. Rathenau Bericht über seine Londoner Reise. Gegen 2 Uhr war diese Sitzung beendet. Um 5 Uhr nachmittags wurde dann das Gesamtkabinett zusammen berufen. Über das Ergebnis dieser Beratungen verläßt zunächst nur, daß auch für die nächsten Tage mit einer schriftlichen Beantwortung der Note nicht zu rechnen ist. Wie die Tel.-Union weiter hört, sollen die Besprechungen heute fortgesetzt werden und zwar sollen im Laufe des Vormittags die Ressorts erneut die Verhandlung aufnehmen, während sich das Kabinett nachmittags zu einer Sitzung versammeln wird.

Der Kampf um die Unterseeboote.

Washington, 27. Dezember.
Der Stattenausschuß hat den amerikanischen Senat zur Einschränkung der Unterseeboot-Tonnage vorgeschlagen. Danach sollen Amerika und England je 60 000 Tonnen bekommen und Frankreich, Italien und Japan je gegenwärtige Tonnage behalten. Ruffour erklärte in seiner Antwort auf den amerikanischen Vorschlag, daß Großbritannien die Tonnagezahl der Unterseeboote annehme. Admiral De Von sagte, Frankreich könne die vorgeschlagenen 31 000 Tonnen nicht annehmen. Schanzer erinnerte daran, daß Italien den Grundsatz der Gleichheit mit allen Mittelmeeermächten erwarbe. Garra betonte, daß 54 000 Tonnen Unterseeboote zur Verteidigung des japanischen Archipels als erforderlich seien. Er könne deshalb den amerikanischen Vorschlag von 31 000 Tonnen nicht annehmen. — Die Diskussion wurde sodann auf Dienstag vertagt.

Um den Achtstundentag.

Alle offiziellen und offiziellen Versicherungen, daß an dem Achtstundentage nicht gerüttelt werden soll, würden höchst überflüssig sein, wenn sie nicht in Verbindung mit allerlei Vorschlägen erfolgten, die angeblich nur zur Milderung gewisser Härten gemacht werden, in ihrer Wirkung aber auf eine Durchlöcherung des Achtstundentages hinauslaufen.

Bevor noch auf Grund des Erlasses des Rates der Volksbeauftragten die Anordnung über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vom 23. November 1918 erging, war der Achtstundentag in der Industrie bereits eingeführt, und zwar ohne direktes Zutun der Arbeiterschaft, ohne jeden Kampf, durch das Entgegenkommen der Großindustriellen, das in der Zeit, als der Zusammenbruch des Krieges ohne Prophetengabe deutlich vorauszu sehen war, leicht begreiflich erschien. Daß die Zustimmung zur Einführung dieser ungemein bedeutsamen Reform nicht lediglich von der Erkenntnis ihrer eminenten Nützlichkeit, ihrer gewaltigen volkswirtschaftlichen Bedeutung getragen war, das war nach der ganzen Vorgeschichte des Kampfes um die Arbeitszeit im allgemeinen und um den Achtstundentag insbesondere, von jener Seite nicht anders zu erwarten.

Schon unter normalen Verhältnissen würde es eines längeren Zeitraums bedürfen, um unser Wirtschaftsleben vollständig der achtstündigen Arbeitszeit anzupassen, um ihre Vorteile für die Produktion in die Erscheinung treten zu lassen, um schließlich die segensreiche Wirkung des Achtstundentages für unser ganzes Gesellschaftsleben zu erkennen. Wir stehen zu sehr mitten in den Dingen drin, werden allzu sehr bedrängt und bestürzt von den Folgen der Nachkriegszeit, um den hohen Wert dieser Reform, den einzigen „Kriegsgewinn“ des deutschen Volkes, voll und ganz zu schätzen. Wir leben schon seit Jahren nicht mehr in normalen Verhältnissen. Wollten wir alle die Hemmnisse aufzählen, die es verhindern, daß sich die Vorteile des Achtstundentages deutlicher zeigen könnten, als es bisher geschehen ist, dann hieße das die Geschichte der Nachkriegszeit in Deutschland schreiben, unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Arbeiterbewegung.

Es dürfte der Hinweis genügen, daß sich seit der Einführung des Achtstundentages aus freien Stücken im Einverständnis mit der Industrie das Blatt etwas gewendet hat. Ein nicht geringer Teil der Kriegsschäden nach der Ideellen wie nach der materiellen Seite, die Zerrüttung der Menschen, der Maschinen und Werkzeuge, wird heute als Folge der Einführung des Achtstundentages ausgegeben, sei es aus spekulativen Konjunkturerwägungen oder aus Unkenntnis der tatsächlichen Zusammenhänge. Sollte sich wirklich das und dort der Achtstundentag als erschwernend bemerkbar machen, so ist das nur denkbar in Verbindung mit anderen Momenten, die mit dem Achtstundentag nichts zu tun haben.

Das Unternehmertum ist ungeduldig, weil es nicht jetzt schon meßbare Vorteile durch den Achtstundentag erzielen konnte. Der Generalsekretär der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände bezeichnete auf deren jüngster Tagung im Oktober die schematische Durchführung des Achtstundentages als unvereinbar mit den Interessen der Gesamtheit, soll heißen, der Industriellen. Gegen den Achtstundentag selbst hat kein Unternehmer etwas einzuwenden; durchaus nicht — nur gegen seine Durchführung wendet man sich. Es scheint als habe sich auch die Regierung von den Gründen des Unternehmertums sowohl als auch durch Erfahrungen in den Reichsbetrieben zu der Auffassung bewegen lassen, daß der Achtstundentag zwar im Prinzip nicht angefaßt, um so mehr aber in der Praxis in eine Reihe von Ausnahmestimmungen aufgelöst werden soll.

Die Verordnungen der Revolutionsperiode werden stark bemängelt. Sie mußten in aller Eile erfolgen. Mißt man aber diese Gesetzgebungsperiode an der zeitlich wohl vorbereiteten Gesetzgebung der Weimarer Republik, wie sie gegenwärtig zur Verwirklichung der vollständigen Beseitigung des Achtstundentages betrieben wird, dann kann sie sich wirklich sehen lassen. Man bringt einen Entwurf ein zur Regelung der Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiter, der auf eine Reihe veralteter Sonntagsruhebestimmungen Bezug nimmt, die alten Ausnahmestimmungen von der Sonntagsruhe jedoch unberührt läßt. Die Arbeitszeit der Angestellten soll besonders geregelt werden, die des Verkehrsgewerbes wiederum für sich; die der Schifffahrt, für die Heimarbeit, für die Land- und Forstwirtschaft gesondert und für die Beamten wiederum für sich.

Der Angelpunkt all dieser Reformen des Achtstundentages ist die „Arbeitsbereitschaft“, die zwar die volle Zeit des Arbeiters beansprucht, nicht aber ununterbrochen seine volle Arbeitskraft. Der berühmte Schrankenwärtler, der täglich vier Eisenbahnzüge an sich vorbeifahren läßt, ist das Glanzstück der ganzen Argumentation gegen den Achtstundentag, für seine Durchlöcherung. Wer da erst einmal A gesagt hat, der muß nicht nur B sagen, sondern das ganze Alphabet buchstabieren, bis vom Achtstundentag nur noch der Name bleibt.

Mit aller wünschenswerten Deutlichkeit hat der Ausschuss des DGB auf seiner Tagung in voriger Woche beschlossen, an dem gesetzlichen Achtstundentag festzuhalten. Er fordert eine gemeinsame Regelung der Arbeitszeit der Sonntagsruhe aller Arbeiter, Angestellten und Beamten.

